

Teure Tochter

Finanzen Der Deutschen Bank drohen Milliardenforderungen wegen der Übernahme der Postbank.

Josef Ackermann platzte fast vor Stolz, als er am 12. September 2008 den Einstieg der Deutschen Bank bei der Postbank verkündete. Man sichere sich so „für alle Zeiten“ eine „dominante Position“, das sei doch „ein sehr smarter Move“.

Dafür wollte der Schweizer der Deutschen Post insgesamt 29,75 Prozent ihrer Postbank-Aktien abnehmen, um die Bank mit den vielen Privatanlegern bald darauf ganz zu übernehmen.

Mittlerweile hat sich der smarte Move in ein nicht enden wollendes Drama verwandelt. Seit Jahren gibt es ein absurdes Hin und Her um einen möglichen Wiederverkauf der gelben Tochter. Jetzt trommeln auch noch Anlegeranwälte aus Deutschland und den USA Investoren aus aller Welt für eine Musterklage zusammen. Es geht um Schadensersatzansprüche von bis zu 1,6 Milliarden Euro wegen der Übernahme.

Drei Tage nach Ackermanns Auftritt im Post-Tower ging die US-Bank Lehman Brothers pleite, die Finanzkrise eskalierte – und Ackermanns Pläne wurden Makulatur. Ein Übernahmeangebot an die übrigen Postbank-Aktionäre in diesen Zeiten? Das wollte Ackermann vermeiden.

So achtete die Deutsche Bank darauf, dass ihr Anteil an der Postbank jahrelang nicht über die magische Grenze von 30 Prozent stieg, ab der man zu einem solchen Angebot gesetzlich verpflichtet ist.

Erst 2010 machten die Frankfurter ein Übernahmeangebot an alle Aktionäre – für 25 Euro pro Aktie. Vor der Lehman-Pleite hätte der Kaufpreis bei über 57 Euro gelegen.

Diese Differenz wollen etliche Investoren wiederhaben. Ihre Argumentation: Auch wenn die Deutsche Bank formal zunächst nur Minderheitsaktionär gewesen sei, habe sie seit September 2008 bei der Postbank quasi durchregiert.

„Die Deutsche Bank hatte sich über Optionen weitere Postbank-Aktien der Post gesichert“, erläutert Antje Radtke-Rieger von der Anwaltskanzlei Schirp, Neusel & Partner. Das Vorgehen von Post und Deutscher Bank bei der Postbank sei zudem abgestimmt gewesen. Das werde dadurch deutlich, dass

die Deutsche Bank im Frühjahr 2009 zwei Aufsichtsräte bei der Postbank installiert habe – Exmanager Tessen von Heydebreck sowie Werner Steinmüller, der heute dem Vorstand der Deutschen Bank angehört.

Diese Vorwürfe haben schon andere erhoben, ein erstes Verfahren in der Angelegenheit zieht sich seit Jahren zäh durch die Instanzen. Radtke-Rieger und ihre Kollegen haben aber nicht nur interne Dokumente der Postbank aufgetan, die den Einfluss des Mutterkonzerns seit 2008 „eindeutig belegen“, wie Radtke-Rieger findet. Sondern sie stehen auch in Kontakt mit einem ehemaligen Postbank-Mitarbeiter, der seinen früheren Arbeitgeber schwer belastet.

Vor allem Steinmüller übte demnach in der Postbank einen maßgeblichen Einfluss aus, weil er nicht nur Aufsichtsrat, sondern auch Vorsitzender des Kreditausschusses war. Dieser bekommt Darlehensentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung vorgelegt, sei aber vor Steinmüllers Berufung „stets den Empfehlungen der Fachabteilungen“ gefolgt, schreibt der Whistleblower in einem Statement.

Dann aber habe es intern Weisung gegeben, dass es für jegliche Entscheidung des Kreditausschusses „auf die Stimme von Herrn Steinmüller ankomme“, schreibt der Mann weiter. „Wir müssen Herrn Steinmüller an Bord haben“, habe es geheißt.

Steinmüller zeigte Engagement in seiner neuen Rolle. Er ließ sich Kreditanträge in

sein Deutsche-Bank-Büro faxen und sandte von dort auch seine Entscheidung zurück, teils versehen mit etlichen „Empfehlungen“ für sein Plazet. Eine Kreditlinie für VW über 100 Millionen Euro etwa wurde im Sommer 2009 „aufgrund von erheblichen Konzentrationsrisiken“ auf 50 Millionen Euro beschränkt – Konzentrationsrisiken beider Kreditinstitute, der Deutschen Bank und der Postbank, so zumindest der Whistleblower.

Insgesamt will Anwältin Radtke-Rieger bei 32 Kreditentscheidungen den Einfluss der Deutschen Bank nachweisen können. Sie und ihre Kollegen sind sich ihrer Sache so sicher, dass sie zum Großangriff blasen und einen Prozess nach dem sogenannten Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG) planen. Der Entscheid wäre anwendbar für alle klagenden Investoren.

Fünf von zehn nötigen Anträgen für ein solches Prozedere hat die Kanzlei schon eingereicht, und dass der zuständige Richter in Köln nicht abgeneigt ist, hielt er in einem schriftlichen Hinweis fest: „Es ist damit zu rechnen, dass noch weitere Personen gleichgelagerte Ansprüche anhängig machen werden“, deshalb sei es „erwägenswert, ein Musterverfahren einzuleiten“. Um auch internationale Investoren für eine solche Klage zu begeistern, haben sich Radtke-Rieger und ihre Kollegen mit der US-Kanzlei Hausfeld zusammengetan, die gerade schon 20 000 Kläger gegen die VW aktiviert hat.

Die Deutsche Bank gibt sich gelassen. Man habe sich „im Rahmen der Übernahme der Postbank stets korrekt verhalten. Entsprechende Klagen sind unserer Überzeugung nach unbegründet“, erklärt sie.

Allerdings hat das Institut schon rund zwei Milliarden Euro für die Integration und die neuerliche Abtrennung der Postbank verpulvert.

Denn die war jahrelang Schlachtfeld für den Machtkampf zwischen Ackermann-Nachfolger Anshu Jain und Privatkundenchef Rainer Neske um die strategische Ausrichtung des Konzerns. 2015 stellte Jain die Postbank erneut zum Verkauf.

Jain und Neske sind mittlerweile weg – die Postbank nicht.

Und schon wird am nächsten Kapitel des Dramas geschrieben: Nach Informationen des SPIEGEL hat der neue Vorstand um John Cryan die Verkaufspläne ad acta gelegt. Die Vollintegration der Postbank in die Deutsche Bank gilt intern als sicher.

Gerungen wird nur noch um die Modalitäten – und um die Frage, wie man die neuerliche Kehrtwenden des eigenen Aktionären erklären will.

Martin Hesse, Anne Seith



Postbank-Filiale in Berlin: „Seit 2008 quasi durchregiert“

HARTMUT MÜLLER-STÄUFENBERG / ACTION PRESS